



Ärmere entlasten, Preise dämpfen! Klima schützen, Gesundheit fördern!

Soziale Kälte abwenden, globale Hitze verhindern.

Für Energiegrundsicherung, Reduzierung von Hitzespots, Mieterhöhung von VPI entkoppeln, verbesserte Wohnbeihilfe mit funktionierender Sozialhilfe, unterjährige Valorisierung von Sozialleistungen.

Die Klimakrise trifft nicht alle gleich. Umweltfolgen belasten ärmere Haushalte wesentlich öfter. Armutsbetroffene sind vom Klimawandel weitaus stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen. Während sie weniger zur Klimakrise beitragen, bekommen sie die Auswirkungen der Umweltbelastungen wie die Verknappung der natürlichen Ressourcen, Luftverschmutzung, Hitze, Überschwemmungen oder Dürre deutlicher zu spüren.

Die Klimakrise verursachen auch nicht alle gleich. Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent¹.

Hitzetote

Sommerliche Hitzeperioden sind ein Gesundheitsrisiko. In der Hitzewelle sterben Menschen, besonders gefährdet sind ältere und pflegebedürftige Personen, Kinder und Patient*innen mit Herz-Kreislaufproblemen – und da Haushalte in Vierteln mit geringem Einkommen. Letztes Jahr gab es **231 Hitzetote. Seit 2016 verzeichnete Österreich insgesamt 1600 Hitzetote**². In den Jahren 2017 und 2018 sind sogar mehr Menschen durch Hitze als im Straßenverkehr gestorben.

Zwei Grad Klimaerwärmung heißt 50 Prozent mehr Hitzetote.³ Allein ein Anstieg der Durchschnittstemperatur um zwei Grad führt in Europa zu 50 Prozent mehr hitzebedingten Todesfällen. Bei drei oder vier Grad im Schnitt mehr würde sich die Zahl der Todesfälle sogar vervierfachen. Die Risiken sind ungleich verteilt:

Menschen, die von Armut betroffen sind, sterben in Österreich um mehr als 10 Jahre früher als der Rest der Bevölkerung.

Sag mir, wo Du wohnst, und ich sage Dir, wann Du stirbst. Ärmere Bevölkerungsgruppen gehen statistisch gesehen häufiger Berufen nach, die körperlich anstrengend und der Hitze ausgesetzt sind (z.B. Bauarbeiter, Reinigungskräfte). Sozial benachteiligte Gruppen leben meist in

1 Datengrundlage: Konsumerhebung Statistik Austria

2 Agentur für Gesundheit & Ernährungssicherheit (AGES): Die Ergebnisse basieren auf fallbasierten Sterbedaten und täglichen Messwerten der maximalen sowie der minimalen Lufttemperatur der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) von 181 Messstationen österreichweit.

3 Veronika Huber, Universidad Pablo de Olavide in Sevilla.



Wohnungen mit schlechter Bausubstanz (z.B. keine Wärmedämmung) und schlechter Ausstattung (z.B. keine Außenjalousien, keine Klimaanlage) sowie weniger Raum pro Kopf. Aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten können sie sich auch seltener energetische Wohnraumsanierungsmaßnahmen leisten, um sich an höhere Temperaturen im Sommer anzupassen. Zudem wohnen Ärmere häufiger in Mietwohnungen, in denen nur wenig Möglichkeit zur Gebäudesanierung besteht. Qualitative Untersuchungen weisen darauf hin, dass Ärmere weniger oft und weniger weit in kühlere Bereiche ausweichen können (z.B. Zweitwohnsitz etc.). Sie weisen einen schlechteren Gesundheitszustand auf, welcher gegenüber Hitze verwundbarer macht. Von Hitze besonders stark betroffen sind ältere Menschen, weist die Armutskonferenz auf die empirischen Zusammenhänge hin.

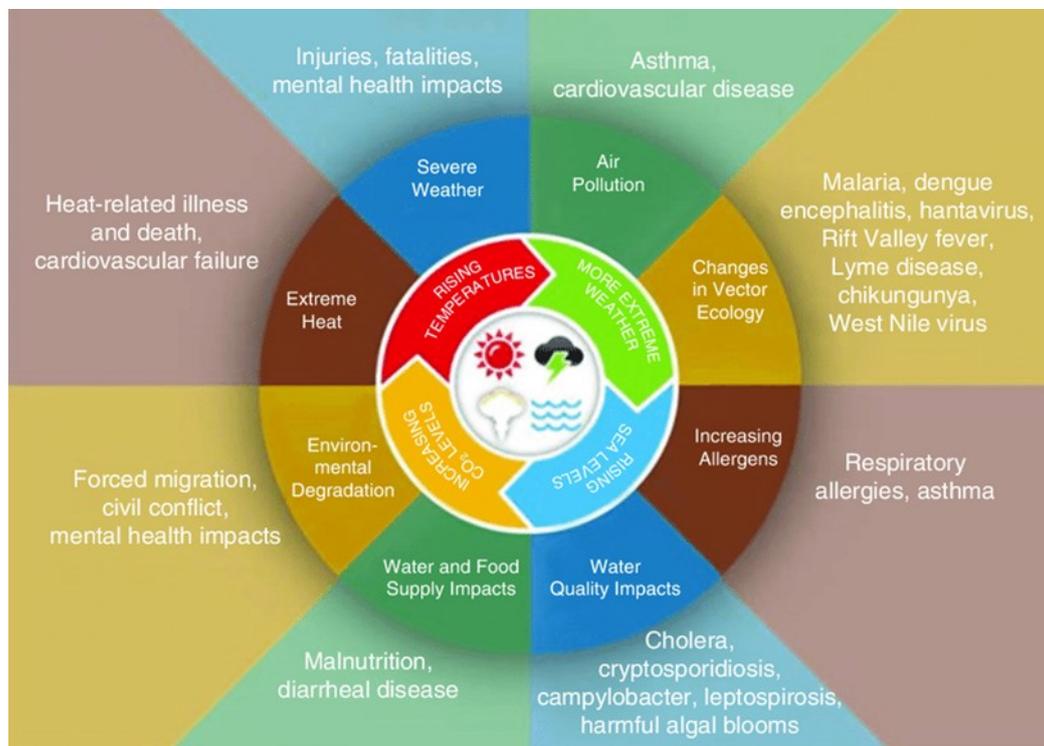


Abbildung 1: Klima und Gesundheit⁴

Zu den direkten Folgen gehören Atemwegserkrankungen, Allergien, durch Wasser und Vektoren übertragene Krankheiten, Unterernährung, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Erkrankungen, wirtschaftliche Unsicherheit. Indirekte gesundheitliche Folgen des Klimawandels resultieren aus bspw. höheren Preisen für Lebensmittel und Haushaltsenergie, schlechtes Wohnraumklima oder eingeschränkte Mobilität. Der „Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel“⁵ beschreibt, dass für Österreich die stärksten Gesundheitsfolgen durch Hitze, Pollen (Allergien), Starkniederschläge, Trockenheit und Stürme wie auch durch das Auftreten von

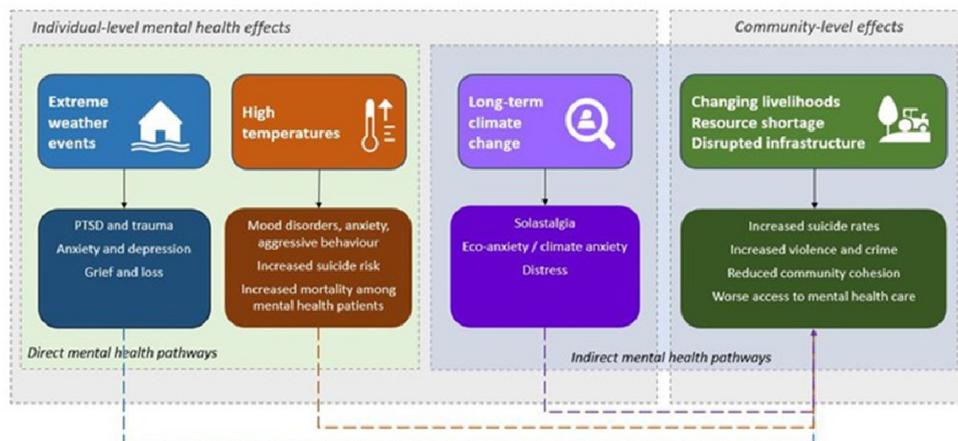
⁴ Centers for Disease Control and Prevention. <https://www.cdc.gov/climateandhealth/effects/default.htm>

⁵ APCC (2018). Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (ASR18); Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: 2019.



vektorübertragenen Infektionserkrankungen zu erwarten sind. Zu berücksichtigen sind auch die Folgen der Klimakrise auf die mentale Gesundheit: hier sind nicht nur psychische Probleme oder Erkrankungen zu subsumieren, der Klimawandel wirkt sich auch auf das mentale Wohlbefinden, die emotionale Belastbarkeit und das psychosoziale Wohlergehen aus.

Climat change impacts on mental health



The main pathways of climate change impacts on mental health in Europe (see [the background report](#)).
Source: EEA elaboration, based on Lawrance et al. (2021) and Berry et al. (2010)

Abbildung 2: Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit

→ Klimanachbarschaft

Über die an Hitze Verstorbenen wissen wir, dass viele der Betroffenen einsam und isoliert waren, es niemanden gab, der mal vorbeischaute und fragte, wie es geht. Hier könnten wir in Grätzl-Teams investieren. Um eine Nachbarschaft in Schwung zu bringen, braucht es Personen, die das anstoßen, koordinieren und am Laufen halten. Solche Grätzl-Teams müssen finanziert sein, damit die Community-Arbeit wirkt.

→ Städtische Hitzespots reduzieren

Besonders zu bekämpfen sind die städtischen „Hitzespots“, regt die Armutskonferenz vorbeugende Maßnahmen an. In ländlichen Gebieten wirken Bäume und andere Pflanzen, aber auch Oberflächenwasser wie natürliche Klimaanlage. Da fließt ein Bach, da liegt ein See. Sie kühlen die Umgebung in erster Linie durch die Verdunstung von Wasser. In den städtischen Zentren verhindert die bebaute Fläche diese Hitzeregulierung. Regenwasser wird unterirdisch abgeleitet, der Beton und Asphalt macht Verdunstung unmöglich, heizt sich besonders gut auf und strahlt diese Hitze wieder ab. Auch die stark erhöhte Oberfläche durch die Gebäude und das Vermindern der Luftzirkulation tragen zur Hitze bei. Dazu kommen künstliche Wärmequellen wie Autos, Industrie oder Abwärme von Klimaanlage. So kann es in Städten zu bis zu 12 Grad höheren Temperaturen als in der Umgebung kommen.



→ Wasser, Grünraum, Öffentlicher Verkehr, Wohnbau

Grünraum und Wasser in der Stadt verbessern das Klima im Grätzl, zeigen gesundheitlich positive Auswirkungen, bieten Bewegungsraum für Jung und Alt, begünstigen als Sozialraum das Gespräch und die Begegnung. Wichtige Schritte sind strategische Maßnahmen auf der Ebene von Flächenwidmungen, Raumplanung und Wohnbau, die Anlage von Straßenbegleitgrün, grüne Wandelemente, Fassaden- und Dachbegrünung, Entsiegelung und Regenwassermanagement oder auch die Freilegung von verrohrten Gewässern. Weiters ist der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel hilfreich, Hitzespots zu verringern. Baulich sind Maßnahmen notwendig, wie zum Beispiel Außenjalousien montieren, Wärmedämmungen anbringen, Fassaden- und Hofbegrünung.

Teuerung bei Energie und Wohnen: Ärmere entlasten, Preise dämpfen!

Besonders von Einkommensarmut und materieller Deprivation betroffen sind **Kinder, Alleinerzieherinnen und Arbeitslose**. Die Zahl der „**Working Poor**“ ist angestiegen. Mit großen Problemen sind Menschen mit **chronischen Erkrankungen** konfrontiert. Alleinlebende **Frauen in der Pension** sind stärker gefährdet. Und die hohen **Wohnkosten** bringen viele an den Rand.

Die drei Hauptposten in finanziell knappen Haushalten sind Wohnen, Energie und Lebensmittel. Den größten Anteil machen die Wohnkosten.

Kann sich Strom & Energie nicht leisten: Hochgerechnet zwischen **803.000 bis 968.000 Personen** war es 2023 nicht möglich, sich ausreichend Strom oder die benötigte Energie für das Heizen des Wohnraumes zu leisten⁶.

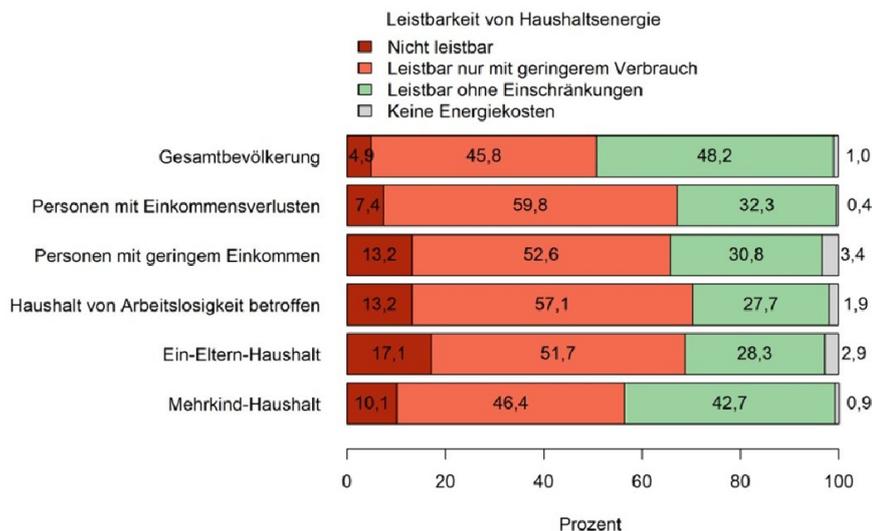


Abbildung 3: Leistbarkeit von Haushaltsenergie (Q1/2023)

7% können sich nicht ausreichend elektrischen Strom für ihren Haushalt leisten. Zudem waren 5% der 18- bis 74-Jährigen im vorangegangenen Quartal nicht in der Lage, die benötigte Haushaltsenergie für Heizen, Warmwasser, Kochen, Kühlung, Licht oder Haushaltsgeräte zu finanzieren.

⁶ IHS und Statistik Austria (2023): So geht's uns heute, 1.Quartal 2023.

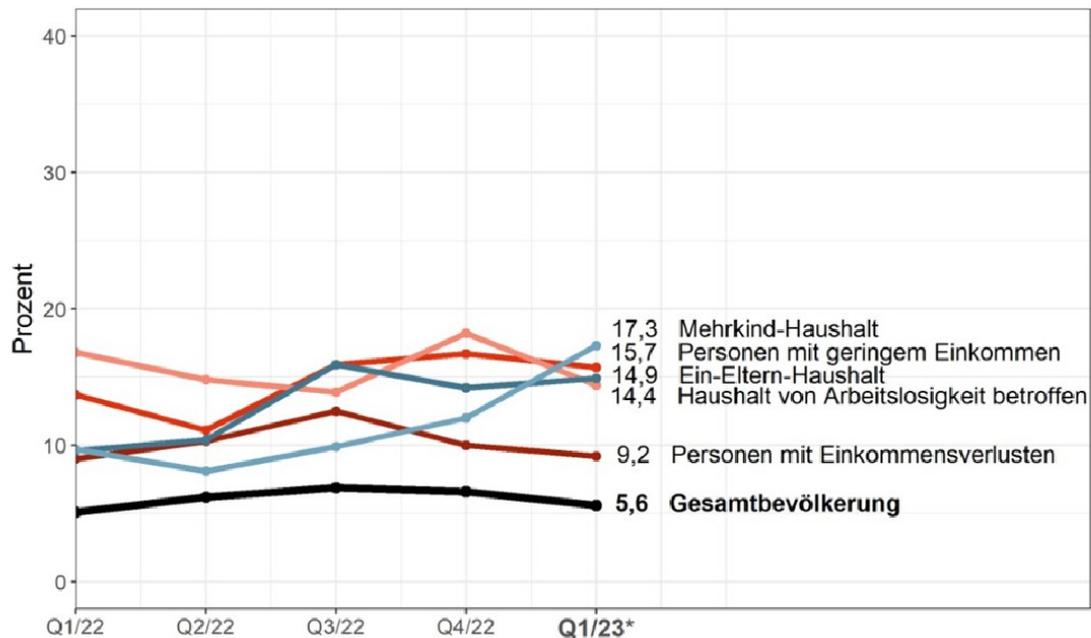


Abbildung 4: Zahlungsverzug in den vorangegangenen drei Monaten bei Wohnnebenkosten (abgefragt Q1/2022, Q2/2022, Q3/2022, Q4/2022, Q1/2023)

Zudem gaben 5,6% der Befragten an, dass sie in den vorangegangenen drei Monaten aufgrund finanzieller Engpässe einen **Zahlungsverzug bei der Bezahlung von Wohnnebenkosten (Strom, Gas, Fernwärme und Reparaturen)** hatten.

→ Energiegrundsicherung

Stromkostenbremse weiterentwickeln in Richtung Grundbedarf für ärmsten Teil der Bevölkerung

Eine „Energiegrundsicherung“ schlägt das Netzwerk Armutskonferenz angesichts der für viele einkommensschwachen Haushalte angespannten sozialen Situation vor. „Damit wird eine bestimmte Versorgung an Energie als Grundanspruch jedem Menschen zugesichert“, so die Armutskonferenz. „In diese Richtung könnten wir die jetzt von der Regierung eingeführte Stromkostenbremse weiterentwickeln“. Die sogenannte „Stromkostenbremse“ sichert Haushalten verbilligte Energiekontingente zu. Was bisher fehlt, sind die Haushaltsgröße und die Haushaltseinkommen, um daraus sowohl eine soziale wie auch ökologische Maßnahme zu machen. Eine Energiegrundsicherung muss neben Strom auch das Heizen mit einschließen.

Die soziale Situation ist aufgrund der Teuerung bei einkommensschwachen Haushalten äußerst angespannt. Deshalb bedarf es jetzt einer Energiegrundsicherung mehr denn je. Die Ideen dazu sind in der Armutsforschung in den letzten zwanzig Jahren immer wieder diskutiert worden, erste Modelle wurden auf europäischer Ebene vorgeschlagen, auch Armutnetzwerke in England und in Belgien thematisierten einen kostenfreien Energieanspruch. Im Rahmen der „Right to Energy Coalition“, in der auch das Europäische Armutnetzwerk engagiert ist, werden Energie-



Grundversorgungskonzepte als Menschenrecht verhandelt. Denn: „Energy poverty is not a personal burden, it's a political failure“ (Right to Energy Coalition 2023).

Die aktuelle Klima- und Energiekrise, vor allem aber die derzeit massiv steigenden Energiepreise, haben die Frage der Daseinsvorsorge mit neuer Wucht auf die politische Tagesordnung gesetzt. Eine Energiegrundsicherung stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher. Die Armutskonferenz fordert die Regierung auf, "verschiedene Modelle zu entwickeln und auf ihre Umsetzung zu prüfen."

→ **Valorisierung der Sozialleistungen vorziehen**

Valorisierung der Sozialleistungen vorziehen. Die reguläre Valorisierung 2024 wird voraussichtlich um die 10 % liegen. Maßgeblich dafür ist die Inflation von August 2022 bis Jänner 2023. Eine vorgezogene, unterjährige Valorisierung bedeutet eine unmittelbare Entlastung von 5%.

- rasch umsetzbar

- nachhaltig

- hilft denen, die es am meisten brauchen

Was fehlt: Valorisierung des Arbeitslosengeldes

→ **Verbesserte Wohnbeihilfe mit einer neuen Mindestsicherung statt der schlechten „Sozialhilfe“**

Sozialhilfe versagt als Krisenhilfe bei Wohnen und Energie. Statt in einer Krisensituation Schutz zu bieten, führt das neue Sozialhilfegesetz zu einer Ausbreitung der Not, wie immer mehr Beispiele aus den Bundesländern zeigen. Die Sozialhilfe ist eine kaputte Brücke, die über einem reißenden Fluss bricht. Wir brauchen aber jetzt in der Krise starke soziale Brücken, die halten. Eine funktionierende Sozialhilfe hätte eigentlich den Zweck, Existenzsicherung von Menschen in finanziell prekären Lebenslagen wie der Teuerung zu gewährleisten.

Aus den Bundesländern, in denen schon länger die gekürzte Sozialhilfe gilt, ereilen uns Hilferufe von Betroffenen und Sozialberater*innen. Der Abzug der Wohnbeihilfe und die Kürzungen beim Lebensunterhalt führen zu massiven Problemen. Frauen, Männer und Kinder haben zu wenig zum Wohnen und zu wenig zum Leben. Um ihre Miete zu zahlen, müssen die Betroffenen das aufbrauchen, was eigentlich für den notwendigsten Lebensunterhalt vorgesehen wäre. Hungern für die Miete. Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer Ärmeren helfen will, darf zur schlechten Sozialhilfe nicht schweigen. Insgesamt brauchen wir eine neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert.

→ **Anstieg der Mieten jetzt bremsen. Mieterhöhungen von VPI entkoppeln**

„Die Mieterhöhungen vom Verbraucherpreisindex zu entkoppeln, der das Wohnen in einer sich selbst verstärkenden Preisspirale immer teurer macht, ist mehr als sinnvoll“, fordert das Netzwerk Armutskonferenz, bei den zentralen Haushaltsausgaben „Wohnen“ und „Energie“ zu drehen.